A6

Antrag

Initiator*innen: Grüne im Bezirkstag von Oberbayern (dort beschlossen am: 28.04.2025)

Titel: **Zusammenhalt trotz Kürzungszwang - Grüne Politik für starke Kommunen**

Antragstext

Problemlage

Der soziale Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden steht auf dem Spiel! Überall in Oberbayern werden kommunale Haushalte zusammengestrichen, soziale Einrichtungen werden geschlossen, kulturelle Angebote eingestampft und wichtige infrastrukturelle Projekte auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben

In Ingolstadt wird im Juni im Stadtrat ein umfangreiches Kürzungspaket diskutiert werden. In München-Sendling musste die Offene Beratungsstelle für Jugendliche ihre Öffnungszeiten halbieren. Der Sozialausschuss des Bezirkstags von Oberbayern hat mehrheitlich beschlossen, die Tariferhöhungen für die Personalkosten für die Sozialpsychiatrischen Dienste, die Offene Behindertenarbeit und die Suchtberatung nicht auszugleichen; damit geraten einige Träger in Schieflage.

Einrichtung wie Tagesstätten für psychische Gesundheit, Kontakt- und Begegnungsstätten der Suchthilfe und Zuverdienstprojekt sind in ihrem Bestand gefährdet, da sich die Personalkosten an denen der oben genannten Richtlinien orientieren.

Wichtige, niedrigschwellige Versorgungsstrukturen sind gefährdet. Diese Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs einer verheerenden Entwicklung: Überall wird bei den sogenannten "freiwilligen Leistungen" der Rotstift angesetzt – bei genau den Angeboten, die unsere Gemeinschaft zusammenhalten.

Während der Bezirk Oberbayern vor schwierigen finanziellen Entscheidungen steht, müssen wir uns fragen: Was passiert, wenn überall gespart wird? Die Antwort ist erschreckend: Wir sparen uns arm! Denn jeder Euro, den wir bei Prävention, Jugendhilfe oder Integration einsparen, kostet uns später ein Vielfaches bei Folgekosten.

Unsere Analyse

Durch die Bezirksumlage wird eine Ausgleich zwischen den Kommunen geschaffen, der gleichwertige Lebensverhältnisse in Oberbayern ermöglichen soll. Wenn wir jedoch bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen kürzen, zerstören wir das soziale und kulturelle Fundament unserer Gemeinden und damit den gesellschaftliche Zusammenhalt. Die Folgen sind fatal:

Jeder Sozialpsychiatrische Dienst, der sein Angebot einschränken oder gar schließen muss, versorgt niedrigschwellig Menschen, die psychisch krank sind. Fällt dieses Angebot weg, besteht die Gefahr, dass die Menschen früher und häufiger stationär versorgt werden müssen, dass sie den Halt, ihre Arbeit, ihre Wohnung verlieren. Bei Obdachlosigkeit sind dann die Gemeinden und Städte zuständig, die massive Folgekosten tragen müssen.

Die Suchtberatungsstelle, die heute geschlossen wird, führt morgen zu mehr Abhängigen, die stationär behandelt werden müssen. Das Jugendzentrum, das heute schließt, bedeutet übermorgen mehr Jugendliche ohne Perspektive. Der Kulturverein, der heute aufgeben muss, hinterlässt eine Lücke im gesellschaftlichen Zusammenhalt, die sich nicht mit Geld füllen lässt.

Mit jedem Rasenmäher-Schnitt in den kommunalen Haushalten verlieren wir nicht nur Angebote – wir verlieren Vertrauen, Gemeinschaft und letztlich die Grundlage unserer Demokratie. Das können und dürfen wir nicht zulassen!

Unsere Forderungen

Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, die in Menschen investiert statt an ihnen zu sparen! Daher fordern wir:

1. Schluss mit dem Rasenmäherprinzip! Kürzungen nach diesem Prinzip zerstören gewachsene Strukturen und vernichten wertvolle, über die Jahre gewachsene Expertise. Wir brauchen eine differenzierte Betrachtung der kommunalen Ausgaben und den Mut, Prioritäten zu setzen.

2. Stärkung der kommunalen Finanzkraft! Wir fordern von Bund und Land eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen, die ihrer gesellschaftlichen

Verantwortung gerecht wird. Dies bedeutet eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs und die Überprüfung von Förderprogrammen auf ihre tatsächliche Wirksamkeit. Die Forderung nach der Kommunalmilliarde der Grünen Landtagsfraktion ist dabei ein richtiger Schritt..

3. Investitionen in Prävention! Jeder Euro, den wir in präventive Maßnahmen stecken, spart langfristig ein Vielfaches an Folgekosten. Wir fordern daher einen Schutzschirm für soziale Infrastruktur in unseren Kommunen und eine ehrliche Einpreisung der Folgekosten in jegliche Kürzungsforderung

4. Gemeinsame Strategie aller kommunalen Ebenen! Wir fordern den Gemeindetag und den Landkreistag auf, gemeinsam mit dem Bezirk eine Strategie zu entwickeln, wie freiwillige Leistungen auch in Zeiten knapper Kassen gesichert werden können.

Unser Aufruf

Die Kommunalwahlen stehen vor der Tür! Jetzt ist die Zeit, um vor Ort Gesicht zu zeigen und für unsere Werte einzustehen. Wir rufen alle GRÜNEN Mitglieder und natürlich unsere kommunalen Mandatsträger*innen in Oberbayern auf, sich auf kommunale Listen setzen zu lassen und mit uns gemeinsam für lebendige, soziale und nachhaltige Gemeinden zu kämpfen.

Lasst uns gemeinsam deutlich machen: Mit uns GRÜNEN gibt es keinen Ausverkauf des Sozialen! Wir stehen für starke Kommunen, die in ihre Menschen investieren statt an ihnen zu sparen. Denn nur so schaffen wir lebenswerte Orte für alle – heute und in Zukunft!